



Private Schutzinitiativen Guardian Angels, Bayerische Sicherheitswacht, Wachfirma: Kaum noch jemand vertraut darauf, daß

Aktion Augen auf

Die Angst unter den Deutschen wächst. Kriminalität, glauben sie, sei nach Arbeitslosigkeit und Umweltschutz das dringendste Problem, welches zu lösen ist. Weil sie der Polizei nicht mehr trauen, schließen sich vielerorts Bürger zu wachsamem Nachbarschaftsinitiativen zusammen oder kaufen sich bei privaten Unternehmen Sicherheit.

Eine Jacke, blau, zu 95 Mark. Ein Leibriemen, 17 Mark. Eine Hose, auch blau, 38 Mark. Dazu noch Barrett und Binder, Signalpfeife, Schlagstock, Handfessel, Dienstfahrrad, Gaspistole, macht alles zusammen 1434 Mark.

Dann noch 26 Stunden Dienstkunde-Unterricht, 32 Stunden Recht und 12 Stunden Psychologie/Pädagogik („Das Gespräch mit dem Bürger“). Fertig ist der Polizist – ein Hilfssheriff, der für zehn Mark die Stunde Sicherheit und Ordnung schaffen soll.

Sein Erfinder hat große Pläne mit dem Wachtmeister light. Berndt Seite, Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, rühmte die künftigen Polizeihelfer als Leitbilder einer „aktiven Bürgergesellschaft“: Im Kampf gegen das Verbrechen dürfe niemand nachlassen.

Mit flammenden Worten appellierte der Christdemokrat bei der Vorstellung

seines Modells in der vergangenen Woche an den Gemeinsinn der Bürger, die nicht bloß fordern, sondern anpacken sollen: „Der Staat schwebt nicht über uns – der Staat sind wir alle.“

Zwar hinderten Seites sozialdemokratische Koalitionspartner den Landeschef daran, das Modell mit zunächst 250 freiwilligen Uniformträgern sogleich in die Tat umzusetzen. Weil die Pläne der Staatskanzlei ohne Absprache an die Öffentlichkeit gelangten, schmähten SPD-Politiker wie Fraktionschef Harald Ringstorff den Seite-Vorstoß als „Nacht- und Nebelaktion“ und Offenbarungseid der CDU-Innenpolitik.

Doch dem Protestgeschrei folgte rasch das Einlenken: Man könne über alles reden, ließen die Sozis wissen, die Idee einer Bürgerpolizei sei ja gar nicht so schlecht. Nur ein wenig Abrüstung müsse sein: kein Schlagstock, keine Gas-

pistole. Sanfte „Sicherheitspartner“, wie sie schon durchs rote Brandenburg streifen, so die Parteispitze, könnten vielleicht auch die Zustimmung der SPD in Mecklenburg-Vorpommern finden.

Ordnung schaffen, mit oder ohne Waffen: Das ist ein Wunsch, der immer mehr Menschen in Deutschland beseelt – Neu- und Altbundesbürger, Linke, Liberale und Konservative, Junge und Alte.

Die Sorge über einen neuen Zuwachs des Verbrechens ist weiter verbreitet denn je: Ein Viertel der Ostdeutschen und rund ein Fünftel der Westler (1991: 2 und 3 Prozent) sehen die grassierende Kriminalität als dringendstes innenpolitisches Problem hinter Arbeitslosigkeit und Umweltschutz, während die Asylfrage an Bedeutung verlor (siehe Grafik Seite 35).

Die letzten fünf Jahre haben die Gemüter kräftig durcheinandergeschüttelt. In einer Zeit, in der Raub und Vanda-



S. ENDERS

L.: R. NOBEL / VISUM; M.I.: J. OBERHEIDE / ARGUM



die Polizei jederzeit und überall Herr der Lage sein kann

ismus, Messerattacken und Pöbeleien, rohe Gewalt und raffinierter Betrug unausrottbar Übel des Alltags zu sein scheinen, vertraut kaum noch jemand darauf, daß die Polizei jederzeit und überall Herr der Lage sein kann. Auf dem Markt der Lebensqualität ist Sicherheit ein knappes Gut geworden.

Eigeninitiative hat deshalb Konjunktur. Was sie von der Obrigkeit nicht mehr bekommen oder zu bekommen glauben, holen sich die Menschen zunehmend selbst. Deutschlands Bürger machen mobil – und finden dabei sogar die Unterstützung von Politikern, die doch gleichzeitig das Sicherheitsmonopol des Staates zu wahren haben.

In Bayern beispielsweise ziehen schon seit drei Jahren sogenannte Sicherheitswachtler durch die Gemeinden. Ausgestattet mit grüner Armbinde, Funkgerät und Tränengasspray streifen die 155 Männer und 30 Frauen in Stadtparks und Tiefgaragen umher. Auch vor Asylbewerberheimen zeigen die vom Land finanzierten Hobby-Schupos Präsenz.

Der bayerische Innenminister Günther Beckstein (CSU) lobt die private Wacht als „wichtiges zusätzliches Instrument“ der öffentlichen Ordnung. Durch die Armbindenträger, glaubt Beckstein, wer-

de vor allem das stark geschwundene „subjektive Sicherheitsgefühl“ wieder gestärkt.

In Kalbe, einem Städtchen mit 3500 Einwohnern in Sachsen-Anhalt, hat der Bürgermeister den örtlichen Karateklub angeheuert. Die Kampfsportler patrouillieren durch den Kurpark, an Schulen und Kindergärten vorbei, seitdem Randalierer zum drittenmal in Folge nachts im

siernten und eine junge Frau brutal vergewaltigt hatten. Jeder der 300 beteiligten Haushalte zahlt 100 Mark Monatsbeitrag.

Die Wachtleute der Firma Securitas sind unbewaffnet, gehen jedoch manchmal mit Hunden Streife. Die privaten Alarmanlagen ihrer Schützlinge laufen direkt bei einer Securitas-Leitstelle auf. Hartwig-Malte Lösch, Vorsitzender der Interessengemeinschaft Hahnwald, ist mit dem Service sehr zufrieden: „Bei einem Alarm sind die Wachtleute bereits nach anderthalb Minuten am Ort.“

Daß, wie Lösch behauptet, dank der bezahlten Aufpasser „die Zahl der Einbrüche im Hahnwald deutlich gefallen“ ist, mögen die beamteten Kollegen nicht so recht glauben. „Es ist ein Märchen, daß im Hahnwald Ruhe eingekehrt ist, weil dort ein privater Wachdienst unterwegs ist“, entgegnet ein Kölner Polizeisprecher. Für die relative Ruhe im Viertel habe die Polizei gesorgt, niemand sonst.

Womöglich haben beide recht. Denn ein abschreckender Effekt auf Einbrecher und andere Kleinkriminelle ist den Securitas-Leuten schwerlich abzusprechen. Bei konkreten Vorfällen aber haben die Privat-Sheriffs keine anderen Zugriffsrechte als ihre Auftraggeber hinter den hohen Hecken. Wenn es richtig kriminell



M. MEYERBORG / SIGNUM



M. DÄRCHINGER



E. FIEGEL

Sicherheitspolitiker Seite, Ziel, Beckstein: „Der Staat sind alle“

städtischen Freibad gewütet hatten. „Jetzt herrscht Ruhe“, sagt Helmut Thätz, Träger des 4. Dan, stolz. Die Stadt zahlt für den Sondereinsatz der Sportler 6500 Mark in die Klubkasse.

Im noblen Kölner Vorort Hahnwald arbeiten Profis rund um die Uhr für die Sicherheit der Bewohner. Seit Dezember 1992 bezahlen die Hahnwalder einen privaten Wachdienst, weil Gangster das Viertel mit einer Einbruchserie terrori-

Mancher Hilfwillige wünscht sich eine Armbinde oder ein anderes Abzeichen seiner Würde, das freilich auch die Täter warnen könnte. Felber bleibt beim gelben Ausweis, mit dem sich die Wächter legitimieren können, wenn sie bei fremden Leuten klingeln müssen.

Die Schutzhelfer unternehmen täglich etwa zehn Streifengänge, jeweils zwei Stunden lang. Vier Obleute ordnen per Computer die Bereitschaftsmeldungen und stellen nach Planquadraten monatlich die Einsatzliste auf.

Die meisten gehen zu Fuß oder radeln, weil man da mehr sieht und hört als im Wagen. Stoßen sie auf ein ungewöhnlich parkendes Fahrzeug mit mehreren Personen oder treffen sie nächstens Ortsfremde mit prallen Plastiktüten bepackt, wird telefoniert – mehrmals in der Woche ist das der Fall.

Bei Gelegenheit stellen sie eine seit Tagen am Straßenrand harrende Mülltonne in den Garten oder leeren zur Ferienzeit einen überfüllten Briefkasten, machen auf ein offenstehendes Fenster aufmerksam oder eine vom Handwerker vergessene Leiter.

Die Bürger kennen die Aufpasser und atmen auf: „Schön, daß es euch gibt, endlich tut mal einer was.“ Die Funktelefone werden aus reichlichen Spenden finanziert.

Auch am Hamburger Hauptbahnhof hat sich nach den Berichten der Lokalpresse der Großhansdorfer Selbstschutz offenbar herumgesprochen: 1995 verminderten sich die Einbrüche am Ort um die Hälfte auf 48 Fälle, ein vergleichbarer Rückgang wurde in der Bundesrepublik wohl sonst nirgendwo erreicht. Polizeioberberr Holger Dabelstein, der die Inspektion im Landkreis leitet, lobt die Felber-Truppe, die „rundum gute Zusammenarbeit mit dieser Art von Nachbarschaftshilfe – eine tolle Sache“. Zusätzlich setzt er drei Streifenwagen ein, mit Zivilfahndern.

Im September und Oktober dieses Jahres wurde nur noch eine Straftat registriert: Im Wasserkamp zu Großhansdorf stieg jemand – offenbar mit den örtlichen Verhältnissen vertraut – über das Dach durch die Schornsteinfegerluke ein. Der neue Polizeichef von Großhansdorf, Oberkommissar Peter Stamer, hatte sich seinem Zuarbeiter Felber vorgestellt, mit dem Wunsch nach guter Partnerschaft.

Die aus Großhansdorf vertriebenen Straftäter haben sich offenbar neu orientiert. Das nahe Ahrensburg, knapp 30.000 Einwohner, organisiert seit dem 1. Oktober einen eigenen Bürgerwachdienst nach Großhansdorfer Muster – mit zunächst 35 freiwilligen Wächtern.



D. BRANDT

Wachdienst in Berliner Supermarkt: Mal dezent, mal martialisch im Auftreten

wird, nützt die schönste Uniform nichts; die Polizei muß her.

Zu bieten haben die Profidienste freilich etwas, woran es bei der Polizei seit Jahren hapert: Präsenz.

Ein knapper Personalbestand und stetig wuchernder Verwaltungsaufwand im Innendienst haben dazu beigetragen, daß die schlichte Anwesenheit von Polizisten in der Öffentlichkeit über Jahre hinweg immer seltener wurde. Viele Bürger haben das Gefühl: Wenn es gefährlich wird, ist gerade kein Schutzmänn in der Nähe.

Allerdings ist die mangelnde Sichtbarkeit der Männer und Frauen in Grün nicht nur ein Problem der Kapazität. Viele Beamte, die eigentlich Zeit hätten, einmal am Spielplatz oder am Altersheim vorbeizuschlendern, hocken lieber im Streifenwagen oder auf der Wache.

Bürgernähe erscheint vor allem als Bedrängnis durch lästige Bitten. Ein Lob des Vorgesetzten, soviel ist sicher, erwerben sich bürgernahe Beamte durch Servicedenken kaum, höchstens einen Tadel, wenn sie Hilfe verweigern. „Fußstreife gilt mehr oder weniger als Bestrafung“, sagt ein Polizeihauptmeister aus Nordrhein-Westfalen.

Den meisten Bürgern freilich genügt das Gefühl, daß jemand da ist, der helfen könnte, wenn es nötig würde – oder der jedenfalls so aussieht. Respekt vor Uniformen hat in Deutschland Tradition.

„Wenn auf der Autobahn ein Streifenwagen auftaucht, dann können sich plötzlich alle benehmen“, beschreibt Rüdiger Holecek von der Gewerkschaft der Polizei (GdP) die Standardreaktion. Ähnliche Verhaltensweisen beobachtet Holecek auch gegenüber Nichtpolizisten: „Früher haben sogar städtische Parkwächter und Busschaffner eine gewisse Sicherheitsfunktion gehabt.“

Der Polizeigewerkschafter ist „gar nicht so sicher“, ob seine Kollegen diese Funktion jetzt übernehmen sollen. Bloße

Präsenz von Beamten schütze allenfalls vor kleinen Belästigungen, nicht aber vor schweren Verbrechen wie Mord.

Doch die Wahrnehmung ist ein Teil der Wirklichkeit. Wer sich sicher fühlt, fragt erst dann, wenn ihm trotzdem etwas zustößt, warum er sich so täuschen konnte.

In diese Lücke stoßen immer mehr kommerzielle Dienste, auch wenn sie eigentlich überflüssig sind. In Neubrandenburg etwa patrouilliert seit knapp einem Jahr die „City-Streife“ durch die Einkaufsstraßen. Die von örtlichen Händlern und Hoteliers bezahlte Truppe

„Die Angst der Leute verlangte nach präventiven Maßnahmen“

in schwarzen Seidenblousons wurde für ihre Dienste sogar schon vom Oberbürgermeister belobigt.

„Seit wir die Streife haben, ist nichts Schlimmes passiert“, freut sich Eckhard Behr von der Industrie- und Handelskammer der Stadt in Mecklenburg-Vorpommern. Gravierende Probleme habe es aber schon vorher nicht gegeben, räumt Behr ein: „Die Angst der Leute wurde immer größer, da mußten wir präventiv schon etwas tun.“

Der Drang, irgendwas tun zu müssen, nimmt zu. Nach Angaben des Bundesverbandes Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen (BDWS) arbeiten zwar erst knapp acht Prozent der Beschäftigten dieser Branche im Revier- und Streifendienst. Doch BDWS-Geschäftsführer Harald Olshok prophezeit einen Ansturm der Sheriffs aus der zweiten Reihe: „In Zukunft wird es zu einem verstärkten Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten in öffentlichen Räumen kommen“ (siehe Seite 36).

Die Vorstellung, ein Heer schlecht geschulter, kaum kontrollierbarer Schnüff-

ler und Schlagstockakrobaten könne das Land besetzen, ist vielen Bürgern ziemlich unbehaglich. Doch Lob für die Privaten kommt bereits von höchster Stelle: Das Wach- und Schließgewerbe leiste einen „wichtigen Beitrag zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit“, sagt Bundesinnenminister Manfred Kanther.

Die Selbstorganisation von Amateuren bereitet Deutschlands oberstem Ordnungshüter dagegen Unbehagen. Bürgerwehren, kritisiert Kanther, seien „absolut kein Rezept“ für mehr Sicherheit im Land.

So hohe Ansprüche haben diejenigen, die mit Handy und Taschenlampe in ihren Wohngebieten patrouillieren, aber auch nur selten. Die meisten Bürgerwehren

„Unkultur des Wegsehens durch eine Kultur des Hinsehens ersetzen“

schließen sich zusammen, weil es ganz konkrete Probleme vor ihrer Haustür gibt: Vergewaltigungen im Park, aufgebrochene Wohnungen, zerstoebene Autoreifen (siehe Seite 32).

Erscheint den Betroffenen die Polizei bei der Jagd nach den Tätern nicht energisch genug, ist die Idee, die Sache selbst in die Hand zu nehmen, durchaus naheliegend. In einer Gesellschaft, die den Sieg über die Selbstjustiz zu ihren großen kulturellen Leistungen zählt, kann das freilich auch Probleme bringen. Denn Bürgerwehren haben keine anderen Befugnisse als jeder einzelne Bürger.

Die meisten, die sich gemeinsam stark machen, halten sich daran – Übergriffe von Rambotypen sind die Ausnahme. Vielfach gelingt es den Schutz suchenden Bürgern sogar, mit ihrer örtlichen Polizei vernünftig zu kooperieren.

In Bad Muskau an der Grenze zu Polen beispielsweise haben sich 20 Häusler im Sommer dieses Jahres zu einer „Initiative wachsamer Nachbar“ zusammengefunden. Einbrüche und Autodiebstähle ließen sie nicht mehr ruhig schlafen.

Zur Abschreckung beschlossen die Geschädigten, regelmäßig nachts durch die Siedlung zu ziehen. Gegen ein Uhr brechen die wachsamen Nachbarn in Zweiergruppen zu ihren Kontrollgängen auf. Seit kurzem verfügt die kleine Schutztruppe sogar über High-Tech. Die Mitglieder legten zusammen und erwarben für 1200 Mark ein Nachtsichtgerät, um das Grenzgebiet an der Neiße jederzeit nach möglichen Marodeuren auspähen zu können.

Der Erfolg hat sich rasch eingestellt. Seit die Männer der Siedlung – auch die PDS-Bürgermeisterin hielt schon einmal Wache – sich die Nächte um die Ohren schlagen, fühlen sich Anwohner wie Evelyne Gregor wieder sicher: „Nicht mal ein Apfel wird mehr geklaut.“

Eine Bürgerwehr, die bundesweit immer mal wieder in Großstädten auftaucht, sind die sogenannten Guardian Angels. Die jungen Leute in Bomberjacken und mit roten Baretts wollen nach amerikanischem Vorbild ehrenamtlich Straßen-, U- und S-Bahnen sicherer machen. Wer älter ist als 16 Jahre darf dabei sein.

In kleinen Gruppen fahren sie ab und an mit der Bahn, verteilen Flugblätter mit Sicherheitstips und sollen im Extremfall („Level four“) Rabauken aufs Kreuz legen. Nach eigenen Angaben haben die paramilitärisch auftretenden Schutzengel allein in Berlin 120 Mitglieder. In den vergangenen drei Jahren wollen sie dort rund 600 Pöbeleien und Schlimmeres verhindert haben. Profis halten von dieser Bilanz jedoch wenig. „Ich sehe sie

meist nur auf der Straße stehen und Spendenaufrufe verteilen“, sagt Klaus Wazlak von der Berliner Verkehrsgesellschaft. Das seien zwar „ganz nette Jungs“, erzählt Joachim Häger von der Hamburger Hochbahn. Aber als die Engel in Uniform vor zwei Jahren zum erstenmal in der Hansestadt auftraten, hätten sie „aggressiv um Spenden gebeten“ und „große Geschichten“ erzählt. Seither seien die Guardian Angels kaum noch aufgetaucht.

Zuwachs haben dagegen Bürgerinitiativen, die dem Kriminalitätsfördernden Trend zur Vereinzelung entgegenwirken wollen. Nach dem Vorbild der amerikanischen „Neighborhood Watch“ starteten beispielsweise im hessischen Seligenstadt Bewohner eines Neubaugebiets 1994 die Aktion „Nachbarn schützen Nachbarn“.

In dem Modellprojekt arbeiten Bürger, Stadtverwaltung und Kripo eng zusammen. Die Anwohner, erläutert ein Beam-



VANDALISMUS

Telefonzellen werden abgefackelt, Sitze in Bussen und Bahnen aufgeschlitzt, Autos zerkratzt oder demoliert. Mutwillige Sachbeschädigungen stiegen 1995 in Deutschland auf mehr als 600 000 Fälle.



VERÖDETE STRASSEN UND PLÄTZE

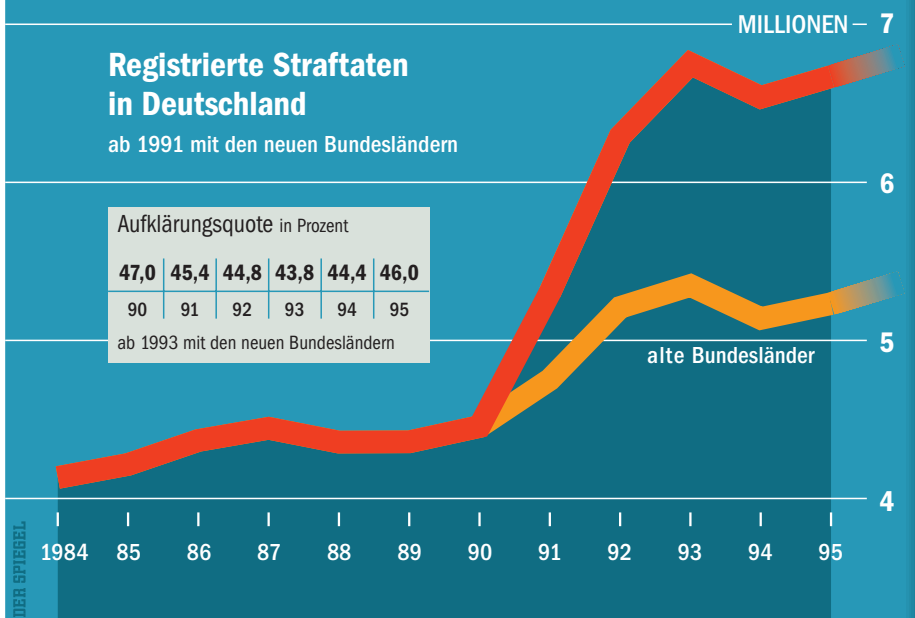
Auf nächtlichen Straßen fühlen sich besonders Frauen nicht mehr sicher. Zwar geht die Zahl der Vergewaltigungen seit Jahren zurück, dennoch wurden 6200 Frauen in Deutschland 1995 Opfer brutaler Sexualtäter. 36 000 mal langten Straßen- und Handtaschenräuber zu.

Registrierte Straftaten in Deutschland

ab 1991 mit den neuen Bundesländern

Aufklärungsquote in Prozent					
47,0	45,4	44,8	43,8	44,4	46,0
90	91	92	93	94	95

ab 1993 mit den neuen Bundesländern



ter, „sollen Merkwürdigkeiten im Umfeld der Nachbarn dem Revier melden“ – wie etwa fremde Personen, die sich vor einem Haus aufhalten, dessen Bewohner verreist sind. Eine Bürgerwehr „oder gar ein Spitzelsystem“ wolle niemand installieren.

Weil sich das Seligenstädter Projekt bewährt hat, ist das Modell „Nachbarn schützen Nachbarn“ vor einigen Monaten auch im unweit gelegenen Dreieich-Offenthal eingeführt worden. In einem Wohngebiet mit rund 350 Haushalten hatten die Einbrüche stark zugenommen.

Im Blickpunkt solcher Nachbarschaftsinitiativen steht vor allem das bewegliche Hab und Gut. Um die „erschreckend hohe“ Eigentumskriminalität in Deutschland zurückzudrängen, hat der Verband der Schadenversicherer jetzt die bundesweite Aktion „Augen auf für nebenan“ ins Leben gerufen. Getragen wird

der Aufruf auch von Städte- und Gemeindebund, Städtetag und Polizei.

Daß Nachbarschaftshilfe die Arbeit der Polizei ergänzen müsse, ist auch die Überzeugung von Politikern wie dem Münchner Kreisverwaltungsreferenten Hans-Peter Uhl. Der CSU-Mann fordert: „Wir müssen die Unkultur des Wegsehens bei Straftaten ersetzen durch eine Kultur des Hinsehens und der Hilfe.“

Solche Appelle kommen aus fast allen politischen Lagern. Nur: Gesagt ist das leicht. Für die praktische Anleitung zur Hilfsbereitschaft hat niemand ein Patentrezept. Die Abgrenzung zu organisierter Spitzelei und Denunziation ist schwierig, vielleicht unmöglich.

Ein Ansatz, der in zahlreichen Städten und Gemeinden Anklang findet, ist die Einrichtung sogenannter Präventionsräte nach skandinavischem Vorbild. An einem Runden Tisch kommen dabei Vertreter der Kommune und der Polizei mit engagierten Bürgern zusammen, um Sicherheitslücken aufzudecken und zu beheben.

Seit September ist eine konkrete Folge solcher Debatten im baden-württembergischen Calw zu besichtigen: Am Zentralen Omnibusbahnhof der Stadt steht ein Polizeicontainer, der den Fahrgästen deutlich machen soll, daß hier für Ordnung gesorgt wird.

„Das ist für uns alle ein Experiment“, wiegelt Polizeidirektor Hans-Peter Körber allzu hohe Erwartungen der Calwer ab. Die ersten Wochen liefen denn

auch wenig glücklich: Nach 20 Uhr, wenn zwar kein Bus mehr fährt, aber trotzdem noch Bürger unterwegs sind und sich unwohl fühlen, sind auch am blauen Container die Rolläden unten.

Ein Teil der Polizei, vor allem aber die Sicherheitspolitiker, setzen etwa auf Privatruppen unter Aufsicht ihrer Sicherheitsexperten. Freiwillige Einheiten, wie sie in Mecklenburg-Vorpommern geplant sind, marschieren schon in Bayern und Brandenburg, Berlin und Baden-Württemberg.

Im deutschen Südwesten hat die Bürgerpolizei eine mehr als 30jährige Tradition. Die derzeit 1300 Helfer tragen eigene Uniformen und Abzeichen (nach 25 Jahren Dienstzeit vier Streifen auf der Schulterklappe) und gelten laut Gesetz als „integrierte Partner der Polizei“.

Im Einsatz, etwa bei Verkehrskontrollen oder Großveranstaltungen, sind die Freiwilligen ihren Vollzeitkollegen gleichgestellt, als „Polizeibeamte im Sinne des Polizeigesetzes“. Sie dürfen für den Notwehrfall sogar Waffen tragen und müssen deshalb zwei- bis dreimal jährlich zur Schießübung einrücken.

Als Truppe, die schon mal auf Abwege gerät, macht die Berliner „Freiwillige Polizei-Reserve“ (FPR) immer wieder Schlagzeilen. Weil sich unter die 2000 Polizeihelfer zahlreiche Schwermischa und Rechtsradikale gemischt hatten, gab es bis 1995 sogar einen Untersuchungsausschuß im Abgeordnetenhaus.

Dennoch wird die FPR, die nach dem Mauerbau 1961 vor allem zur Abwehr „kommunistisch infiltrierter Störer“ gegründet wurde, vom Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) unverdrossen als „größte und bedeutendste Bürgerinitiative Berlins“ gepriesen. Ihre Bandbreite reicht von der Bewachung

AGGRESSIVITÄT

Haßmotivierte Schlägertrupps überfallen immer häufiger arglose Passanten. Sie finden ihre Opfer in der S-Bahn, an der Bushaltestelle, auf jeder beliebigen Straße. Schwere Körperverletzungen nahmen seit 1970 um das Doppelte zu. 1995 wurden 96000 Fälle registriert.



T. STODART / KATZ / AGENCY FOCUS

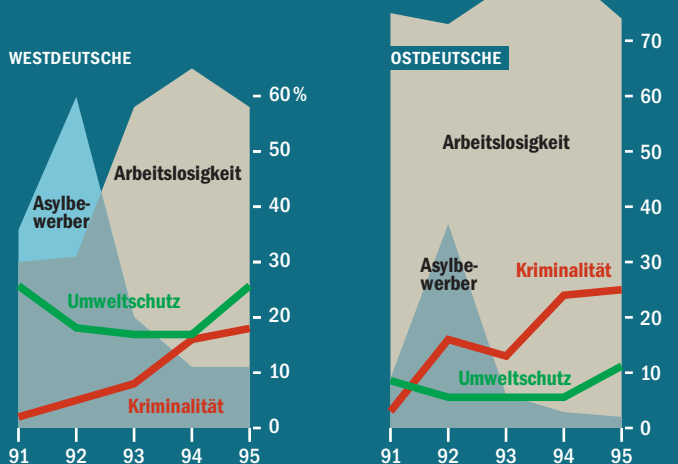
EINBRUCH

Seit 1970 hat sich die Zahl der Einbrüche im alten Bundesgebiet verdreifacht. Bundesweit wurden 1995 mehr als 210000 Wohnungseinbrüche gezählt. Immer mehr geschehen am helllichten Tage. Die Täter werden immer jünger.



PHOTOS: ACTION PRESS

„Welches sind die dringlichsten Probleme, die in Deutschland zu lösen sind?“



Kriminalität im Vergleich zu den beiden häufigsten Nennungen 1991 in Westdeutschland; GfK-Umfrage, Mehrfachnennungen möglich

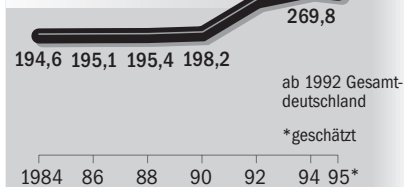
mäßig auch freitags abends und an Samstagen.“

Schon heute verzeichnet Raab Karcher im „öffentlichen Raum“, wie der klassische Einsatzort der Polizei von den Sicherheitsmanagern genannt wird, die größten Zuwachsraten. Trotz solch froher Botschaften klagt das Gewerbe: Die Gewinne bröckeln, und immer mehr Firmen drängen in diesen Markt.

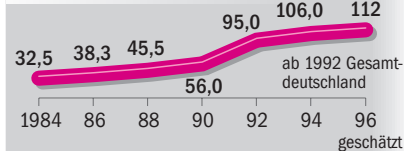
Das kann nicht ohne Wirkung bleiben. In der Sicherheitsbranche werden nach den Angaben des Verbandes meist

Sicherheitsboom

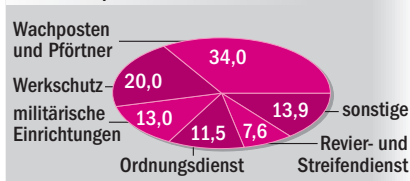
POLIZISTEN des Bundes und der Länder
in Tausend



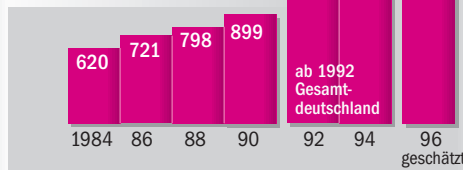
BESCHÄFTIGTE in Wach- und Sicherheitsunternehmen
in Tausend



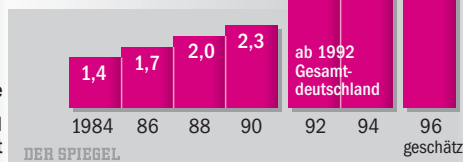
EINSATZBEREICHE des Wach- und Sicherheitspersonals 1996 in Prozent



UNTERNEHMEN im Wach- und Sicherheitsbereich



UMSATZ der Wach- und Sicherheitsunternehmen
in Milliarden Mark



nicht viel mehr als 12 bis 13 Mark pro Stunde verdient und das bei einer Arbeitswoche, die bei Wachpersonal durchaus 60 Stunden hat. In Ostdeutschland werden sogar oft nur 8 Mark bezahlt. „Da bleibt halt nur die Möglichkeit, Unqualifizierte einzustellen“, räumt der Verbandssprecher ein.

Dennoch glauben die Sicherheitsanbieter, daß sich ihr Image schon gebessert hat. Früher, sagt der Kölner Oberwachmann Bachem, wurde er selbst in seinem persönlichen Bekanntenkreis gelegentlich schief angesehen.

Heute sei das anders. Immer häufiger werde er jetzt als Berater angefordert. Schließlich transportiere seine Firma jedes Jahr 100 Milliarden Mark allein von Kölner Geschäftsleuten und Banken. „Erst gestern“, sagt er stolz, „hat die Bundesbank angerufen.“

künftiger Ministerien bis zur Beseitigung des Hundekots.

Die zivilere Variante existiert seit 1994 in Brandenburg. In 21 von rund 1700 Gemeinden des Landes haben sich nach einem Aufruf des Innenministers Alwin Ziel (SPD) sogenannte Sicherheitspartnerschaften gebildet. Gegen eine monatliche Aufwandsentschädigung von 50 Mark sperren Bürger dort die Augen ganz besonders weit auf.

In Woltersdorf (5000 Einwohner) etwa leitet der ehemalige Volkspolizist Klaus Beyer heute die „Solidargemeinschaft zum Schutz vor Kriminalität“ (SSK). Nachdem die örtliche Kriminalstatistik „60 Angriffe auf Wohnungen, Bungalows und Gewerbeobjekte“ im ersten Quartal 1994 verzeichnet hatte, sah Beyer die Zeit zum Handeln gekommen.

Beyer legt Wert darauf, daß für seine 31 SSK-Aktiven die Grenze zur hoheitlichen Tätigkeit der beamteten Kollegen klar gezogen ist. Knöllchenschreiben? „Geht nicht. Amtsanmaßung.“ Überklettern eines Grundstückszauns? „Nee. Hausfriedensbruch.“ Aber marode Dat-

sehen die Arbeit der ehrenamtlichen Kollegen äußerst skeptisch.

Gerhard Vogler, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, kritisiert: „Die Sicherheitswacht schadet nicht, sie nützt nicht, sie kostet trotzdem viel Geld.“ Den Versuch, das Bedürfnis der Bürger nach Ordnung mit Hilfe von Amateuren zu befriedigen, hält Vogler für einen „sicherheitspolitischen Irrweg“.

GdP-Mann Holecek hält nicht einmal die versprochene Entlastung der Polizei durch die Freiwilligen für realistisch. Besonders gern tummelten sich „Topfgucker und Obersensibelchen“ unter den Hilfssheriffs, „die melden jeden Schatten an der Wand“.

Auch die professionellen Wachdienste verursachen etwa nach Erfahrungen aus Nordrhein-Westfalen durchaus Mehrarbeit auf den Revieren.

Die Privat-Sheriffs, kritisiert NRW-Innenminister Franz-Josef Kniola, „produzieren überflüssige polizeiliche Einsätze“. In Düsseldorf beispielsweise sei es im vergangenen Jahr in 2895 Fällen zu falschem Alarm gekommen; 1025 der vergeblichen Polizeieinsätze gingen auf das Konto von Sicherheitsfirmen.

Kniola will deshalb nach dem Vorbild anderer Bundesländer bei Betreibern von Alarmanlagen eine Gebühr kassieren – 170 Mark pro Fehlalarm sind in Nordrhein-Westfalen neuerdings fällig.

Der Boom des Wachgewerbes wird dennoch nicht zu stoppen sein. Eine Arbeitsgruppe der Innenministerkonferenz unter NRW-Vorsitz bescheinigt den Unternehmen bereits, sie seien ein „fester Bestandteil der Inneren Sicherheit“.

Aus privaten und halböffentlichen Räumen sind die Firmen kaum noch wegzudenken. Mal dezent, mal eher martialisch im Auftreten (Schwarze Sheriffs), bewachen sie Einkaufspassagen wie die Leipziger Mädlerrpassage oder das neue Oberhausener „Centro“, sie sichern Fußballstadion und Konzertarenen.

Still und leise haben sie auch schon den öffentlichen Raum der Bürgersteige vor den Passagen erobert. Man schlendert, sagt der Offenbacher Doorguard Gerhard Pelletier, schon mal an der Schaulustfront entlang und fasse Leuten, die „potentielle Kunden vergraulen, unter die Arme und helfe ihnen beim Aufstehen“.

Immer häufiger werden die Privatunternehmen auch im öffentlichen Auftrag tätig. Bahnanlagen und Bürohäuser gehören gleichermaßen zu den Objekten privater Obhut wie Abschiebehaftanstalten und Asylbewerberheime.

Auch die Polizei selbst entbindet die eigenen Leute mitunter vom Gebäudeschutz. In München patrouillieren Angestellte einer Privatfirma seit August 1995 im Gebäude der 1. Bereitschaftspolizeiabteilung. Der Freistaat zahlt für den Service 620 000 Mark im Jahr, 400 000 Mark weniger als für ausgebildete

schenschlösser registrieren oder die Kennzeichen ortsfremder Fahrzeuge notieren, das dürfen die SSK-Leute.

Solche „Dienstleistung am Woltersdorfer Bürger“, sagt Beyer, baue nicht nur „übersteigerte Ängste vor Straftaten“ ab, sie habe auch ganz handfeste Erfolge. So sei die Anzahl der Einbrüche von „0,66 Angriffen je Tag“ in 1994 auf „0,045 Angriffe je Tag“ in diesem Jahr zurückgegangen, wie er ganz nach alter Schule festhält.

Was in Brandenburg zu funktionieren scheint, soll bald auch in Sachsen die Leute auf Straßen und Schleichpfade bringen. In drei Pilotprojekten will Innenminister Klaus Hardraht (CDU) den Sinn der Bürger „für die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit“ fördern.

Doch was bringen solche Programme wirklich? Nicht nur Hüter des Rechtsstaats, auch Polizeipraktiker, die durch die Hilfstruppen entlastet werden sollen,

„Trouble ist vorbei“

In den USA gibt es dreimal so viele Privat-Sheriffs wie Polizisten

Die Männer, die um den palmenumstandenen Appartement-Komplex schlendern, sehen martialisch aus: Springerstiefel, schwarzer Kampfdress, kugelsichere Weste, am Gürtel hängt eine Pistole, Kaliber .357-Magnum. Für die Kinder aus der Gegend heißen sie „Ninjas“ oder „Robocops“.

Es sind Sicherheitskräfte der Firma Critical Intervention Services (CIS), spezialisiert auf Wachgänge in unruhiger Nachbarschaft. Der Hauseigentümer hat sie vor einiger Zeit angeheuert, damit sie den nächtlichen Schießereien um seinen Block herum ein Ende machen, die Drogenhändler vertreiben und Einbrecher abschrecken. Seit sie vor dem Gebäude in der Stadt Tampa (US-Staat Florida) patrouillieren, so sagt er, „hat der Trouble aufgehört“.

Rund 1,6 Millionen Privat-Sheriffs arbeiten bereits in den USA, fast dreimal soviel wie staatliche Polizisten. Über 64 Milliarden Dollar geben die Amerikaner für Sicherheitsdienste aus, weit mehr, als das Jahresbudget für alle Polizeikräfte beträgt.

Auch Städte und Kommunen heuern zunehmend Privatfirmen an, weil ihre Polizisten hoffnungslos überlastet sind. In den sechziger Jahren konnten sich drei Beamte um ein Gewaltverbrechen kümmern. Obwohl es heute weitaus mehr Polizisten gibt, hat sich in Ballungsräumen wie Atlanta/Georgia die Arbeit pro Mann verzehnfacht: Alle 49 Sekunden geschieht ein Überfall, alle 22 Minuten ein Mord.

Rent-a-Cops, die meist gerade sieben Dollar (10,50 Mark) die Stunde verdienen, bewachen Sozialwohnungen, Parkplätze und Bahnhöfe, oftmals schwer bewaffnet. „Wir arbeiten effektiver“, preist CIS-Chef K. C. Poulin seine Mannschaft. „Unsere Leute sind in keiner Gewerkschaft.“ Wer unfähig sei, werde gefeuert.

Strenggenommen dürfen die Privatruppen nicht mehr als jeder US-Bürger auch: Verbrecher auf frischer Tat festnehmen. Doch tatsächlich übernehmen die Hilfs-Sheriffs zunehmend hoheitliche Aufgaben. In Tampa rufen Polizisten auf Verbrecherjagd gern die private Konkurrenz zu Hilfe, weil die verpflichtet sind, kostenlos einzuspringen.

Die Ausbildung der Privatruppen ist zumeist lausig, in etlichen US-Staaten wie etwa Colorado gibt es nicht einmal Mindeststandards für das Gewerbe. Nur wenige Firmen unterziehen ihre Mitarbeiter strengen Tests und trainieren sie regelmäßig. Die Zwischenfälle häufen sich. Kürzlich flog ein Privatpolizist auf, weil er Videos verkaufte, die aus der Überwachungskamera über der Damen-Umkleidekabine eines Modehauses stammten.

Besonders umstritten sind die Mannschaften des radikalen Muslim-Führers Louis Farrakhan, die in den vergangenen Jahren Millionenverträge mit zahlreichen Städten abgeschlossen.

Obwohl die Farrakhan-Männer etliche Gewalt-Bezirke befriedeten, wurden zahlreiche Verträge wegen angeblich undurchsichtiger Finanztransaktionen und übermäßiger Gewalt wieder gekündigt. Doch das Geschäft mit der Angst wächst weiter. Bis zum Jahr 2000, so eine Studie des amerikanischen Justizministeriums, wird sich der Umsatz der Privat-Sheriffs auf über 100 Milliarden US-Dollar erhöhen. Wer es sich leisten kann, zieht sich in bewachte Siedlungen zurück. Neubaugebiete werden mit meterhohen Mauern umgeben, Häuserblocks in der Innenstadt wie Festungen abgeschirmt. Videokameras überwachen das abgesperrte Gelände, Schwarze Sheriffs patrouillieren in den Straßen und werfen jeden hinaus, der dort nichts zu suchen hat. Über vier Millionen US-Bürger leben bereits in solchen Luxusghettos.

In Los Angeles' Problembezirk South Central formiert sich jetzt eine Gegenbewegung. Bürger und Geschäftsleute taten sich zusammen und sammelten über 400 000 Dollar für ihre eigene Polizeistation. Eine Bank stiftete ein leerstehendes Gebäude, das umgebaut werden soll. Nach der Renovierung will die Stadtpolizei dort mit 30 Mann einziehen.

Polizisten. Diese Privatisierung, behauptet das Innenministerium, habe 24 Beamte für die eigentliche Polizeiarbeit freigesetzt.

Wieweit kann, wieweit darf sich aber der Staat zurückziehen? Der „Schutz der Bürger“, sagt der Polizeiexperte und Rechtsprofessor Hans Peter Bull, sei die „zentrale Aufgabe“ des organisierten Gemeinwesens (siehe Seite 40).

Doch der Staat kann delegieren und privatisieren, und die Grenzen sind im Fluß. Schon heute ist, ohne große Diskussionen, einiges möglich. Spezialgesetze haben den Privaten bereits Kontrollfunktionen an Flughäfen sowie die Bewachung von Atomkraftwerken und Bundeswehrobjecten übertragen.



Nachbarschutz in Dreieich: „Keine Spitzel“

Darüber, ob weitere Regelungen nötig sind oder nicht, streiten die Politiker. Der Bund sagt nein, die meisten Länder sehen das anders. Ein Antrag der SPD, die Arbeit der Privat-Sheriffs durch ein umfassendes Bundesgesetz zu regeln, landete erst mal im Innenausschuß.

Die Schutzunternehmen wollen der Politik gern zuvorkommen. Ihr Bundesverband erarbeitet zur Zeit ein Gütesiegel, das nach gewissen Kriterien („mindestens drei Jahre im Markt“, „einheitliche Dienstkleidung“) an Mitgliedsfirmen vergeben werden soll.

Durch das Gütesiegel wollen die Wachdienste unter anderem die Politiker dazu bewegen, „etwaige Überlegungen zur Restriktion zurückzunehmen“.